

Mit diesem Newsletter möchten wir aktuelle Informationen rund um das Thema Wirtschaftsdemokratie weitergeben. Er greift einzelne Themen auf und bietet die Möglichkeit, stärker über historische, regionale und internationale Beispiele aktuell zu berichten. Der nicht regelmäßig erscheinende Newsletter ist eine Ergänzung zu den bereits herausgegebenen Publikationen zum Thema.

„Eines der ersten Dinge, die ich beim Umzug nach Minnesota 1984 lernte: unsere demokratische Partei heißt hier DFL – Democratic Farmer-Labor Party [Demokratische Bauern-Arbeiter Partei]. Sie war populistisch und demokratisch-sozialistisch, bestand auf nationaler Ebene nur 6 Jahre, aber an ihrem Geburtsort Minnesota 26 Jahre. Sie stellte Dutzende Abgeordnete im U.S. Repräsentantenhaus und im Landesparlament, vier U.S. Senatoren, und einen Gouverneur im Bundesland“.

Debra Keefer Ramage

Mitglied der Internationalen Kommission der Demokratischen Sozialisten von Amerika (DSA) und Vorsitzende des Komitees für politische Bildung im DSA Ortsverein Minneapolis, Minnesota, 2022

„[Zur Idee eines Left New Green Deal]: wir wollen die ökologischen mit den sozialen Erfordernissen verzahnen. ...[Wichtig ist], dass die Beschäftigten auch selbst beteiligt werden müssen. Das heißt, wir wollen diese Frage mit dem Thema Wirtschaftsdemokratie verknüpfen“.

Heinz Bierbaum

Präsident der Partei der Europäischen Linken (EL) – im Interview mit der Tageszeitung nd, 01.02.2022

„Das alte Versprechen der christlichen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik ist bis heute uneingelöst – nämlich die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital unserer Volkswirtschaft“.

Friedrich Merz

Designierter Parteivorsitzender. Wahlrede beim 34. CDU-Parteitag am 22.02.22

Genossenschafts-Sozialismus: Perspektiven des kooperativen Commonwealth



Bild: CCF-Convention 1933

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts hatten zentralisierter Staatssozialismus und westliche Sozialdemokratie ihre utopische Energie erschöpft und eine Sackgasse erreicht. Doch einseitige Forcierung von mehr staatlichem Eigentum und zentraler Planung oder auch mehr Sozialstaatsbürokratie und Keynesianismus sind nicht der Sozialismus per se. Sie sind Mittel und Wege, die angesichts veränderter Bedingungen anzupassen sind. Es gilt, sich neu zu vergewissern.

Eine verschüttete Gesellschaftsutopie

Im Kern meint demokratischer Sozialismus „Zusammenarbeit, gegenseitige Unterstützung und Gemeinschaft, für Verantwortlichkeit und Streuung von Macht und für das größte Maß an wirtschaftlicher Gleichheit, das erreichbar ist. Ein Weg, diese Prinzipien wiederherzustellen, ist die Rückbesinnung auf die Tradition des Sozialismus, die einen libertären auf Selbsthilfe bauenden Ansatz am stärksten betonte, auf den genossenschaftlichen Sozialismus...“ (1).

Es geht um zweierlei. Erinnerung an das was war, Ideen und Prinzipien inspirierender Genossenschaftlichkeit als Ausgangspunkt einer Modernisierung - und die Entscheidung dafür, den demokratischen Sozialismus mit neuem Leben zu erfüllen. Die Zeit drängt.

Das Ende der Ideology?

Linken-Politiker Gregor Gysi meinte Anfang 2022 in einer ZDF-Talkshow – kurzgefaßt auf Twitter:

„30% unserer Bevölkerung haben jedes Vertrauen zur etablierten Politik von der CSU bis zur Linken verloren. Das macht mich nachdenklich. Wir müssen einen Weg finden, Vertrauen herzustellen. Die Politikerinnen und Politiker müssen ehrlicher und glaubwürdiger werden.“ (2). Die breite publizistische Reaktion darauf zeigte, er hatte einen Nerv getroffen.

Seit geraumer Zeit wird das Mißtrauen durch das Fehlen mobilisierender demokratischer Gesellschaftsentwürfe verstärkt. Schon 1989 hatte der U.S. Politikwissenschaftler Francis Fukuyama derlei Entwürfe als obsolet verworfen. In einem viel beachteten Vortrag an der Universität von Chicago verkündete er ‚the end of history‘ – das Ende der Geschichte. Sein Argument: der Zweite Weltkrieg hat den Faschismus besiegt. Der sowjetische Kommunismus ist implodiert. China öffnet sich für Märkte. Die westliche liberale Ordnung mit repräsentativer Regierungsform, freien Märkten und Konsumtenkultur hat gesiegt, und wird universal (3). Noch was besseres, das ist nicht drin.

Fukuyama war nicht der erste westliche Theoretiker der letzten 70 Jahre, der keinen Sinn darin erkennen konnte, weitere Fragen zu stellen. In den 1950er und frühen 1960er Jahren bildete sich bei den großen Parteien im

Westen ein ideologischer Konsens heraus, der soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt stellte. Grundsätzliche ideologische Debatte wurde zusehends irrelevant (4). Auch die letzten 15 Jahre der Kanzlerschaft Merkel mit einer weichgespülten CDU und einer SPD, die sich mit Strategiepapieren zur ‚Neuen Mitte‘ und dem ‚Dritten Weg‘ fast schon neoliberal positionierte, und gerne Große Koalitionen einging, erinnern an diese Nachkriegszeit.

Zugegeben, die Erreichung und Verteidigung eines demokratischen Konsenses ist ein hohes Gut. Um eine alte Parole leicht abzuwandeln: ‚Republik, das ist schon viel. Doch Sozialismus ist das Ziel‘. Ohne Suche nach Wegen in eine bessere Welt wird der Kampf gegen Ungleichheit und Klimawandel, für kulturelle Kompetenz und multi-ethnische Gesellschaft, und das Gefühl von Heimat, nicht gelingen. Hier kommen seit einiger Zeit aus bemerkenswertem Terrain Denkanstöße, die Mut machen.

Papst Franziskus

Er hat sich wiederholt als Sympathisant einer der Säulen der alten Arbeiterbewegung, die Genossenschaftsbewegung, geoutet. Und verknüpft damit eine Gesellschaftsutopie. Vor kurzem wieder in der Enzyklika ‚fratelli tutti‘ von 2020 sowie der Ansprache beim Weihnachtsempfang für die Römische Kurie 2021 (5).

Die Enzyklika durchdringt genossenschaftliches Denken, ohne den Begriff selbst zu bemühen: „In einigen kleineren... Wirtschaftstheorien scheinen zum Beispiel die Volksbewegungen keinen Platz zu finden, welche Arbeitslose, Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen und viele andere, die nicht einfach in die vorgegebenen Kanäle passen, versammeln. In Wirklichkeit initiieren sie verschiedene Formen von Volkswirtschaft und gemeinschaftlicher Produktion. Es ist notwendig, die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Partizipation in einer Weise zu konzipieren, die die Volksbewegungen mit einschließen und die lokalen, nationalen und internationalen Regierungsstrukturen mit jenem Strom moralischer Energie beleben, der die Miteinbeziehung der Ausgeschlossenen in den Aufbau unseres gemeinsamen Schicksals entspringt“.

Dies erfordert die Überwindung der „Vorstellung von einer Sozialpolitik, die verstanden wird als eine Politik ‚gegenüber‘ den Armen, aber nie ‚mit‘ den Armen, die nie die Politik ‚der‘ Armen ist und schon gar nicht in einen Plan integriert ist, der die Völker wieder miteinander vereint“. Ohne diesen basisdemokratischen Ansatz verkümmert die Demokratie, lautet die Schlußfolgerung.

In der päpstlichen Weihnachtsansprache heißt es: „Zunächst einmal die Teilhabe. Diese sollte durch einen Stil der Mitverantwortung zum Ausdruck gebracht werden. Natürlich sind die Zuständigkeiten bei der Vielfalt der Rollen und Ämter unterschiedlich, aber es wäre wichtig,

dass jeder spüren kann, an der Arbeit teilzuhaben und dafür mitverantwortlich zu sein, und nicht nur die entpersönlichende Erfahrung zu machen, ein von jemand anderem aufgestelltes Programm auszuführen“.

Dann die Gemeinschaft. „Zusammenarbeit erfordert die Größe, die eigene Unvollständigkeit zu akzeptieren und offen zu sein für Teamarbeit, auch mit denen, die nicht so denken wie wir. ...Die Perspektive der Gemeinschaft bringt gleichzeitig die Anerkennung der Vielfalt mit sich... Wann immer wir von diesem Weg abkommen und Gemeinschaft und Gleichförmigkeit als Synonyme leben, schwächen wir die lebensspendende Kraft des Heiligen Geistes unter uns und bringen sie zum Schweigen“.

Gegen Rechts-Populismus

In dem der Papst Teilhabe, Gemeinschaft und Vielfalt zusammen denkt, stellt er sich gegen Rechts-Populismus. Die in den letzten Jahren stark gewachsenen Demokratischen Sozialisten von Amerika (DSA) bringen es auf den Punkt: Kampf für die multiethnische Arbeiterklasse und eine deutlich multiethnische sozialistische Linke! (6). Auch im Saarland waren in der Vergangenheit progressive Erfolge dort am größten, wo Arbeiterschaft und unterschiedliche ethnische Gruppen zusammen kamen: etwa Dillingen, Völklingen, Burbach, Saarbrücken, und Neunkirchen. Auffällig ist, dass Jene, die wie Francis Fukujama, einige auf der politischen Linken ebenso, heute zuviel Identitätspolitik monieren, nicht in der Lage scheinen, einen Unterschied zu machen zwischen z.B. der #MeToo- oder BlackLivesMatter-Bewegung einerseits und ISIS, Brexit-Wählern und separatistischen Nationalisten andererseits. Obwohl doch, wie Louis Menand richtig feststellt, erstere letztlich Unterschiede aufheben, letztere sie vorantreiben wollen (7).

The Cooperative Commonwealth

Genossenschaftliche Praxisbeispiele und bekannte Unterstützerstrukturen gibt es zuhauf. „Zur Zeit der Weimarer Republik waren in den Großstädten 30 bis 40 Prozent aller Haushaltungen in Konsumgenossenschaften organisiert“ (8). Für die westliche Welt spricht heute der Politikwissenschaftler Dario Azzellini von drei Wellen selbstverwalteter Produktion in der jüngeren Vergangenheit (9). In Deutschland wurden zwischen 2005 und 2018 laut einer Studie 2930 Genossenschaften neu gegründet (10). Herausgehobene historische und internationale Beispiele von Genossenschaften und Arbeiterselbstverwaltung bleiben Teil der progressiven Identität: die Wohnungsgenossenschaften im ‚Roten Wien‘, die israelischen Kibbuzim, Mondragon im Baskenland, LIP und FRALIP in Frankreich, Vio.Me in Griechenland., u.a. Auch Unterstützungsstrukturen bleiben in Erinnerung: der Lucas-Plan beim britischen Lucas Aerospace, das italienische Macora Gesetz, der schwedische Meidner Plan, im Saarland etwa die Montan-Stiftung-Saar oder

das Klimaschutzbündnis Saar.

Seltener anzutreffen sind offizielle Programme mit dem Ziel, die gesamte Gesellschaft nach genossenschaftlichen und Gemeinwohl-orientierten Richtlinien aufzubauen. So wie das die kanadische Co-operative Commonwealth Federation (CCF) der 1930er Jahre tat. Sie verkündete: „Keine CCF Regierung wird ruhen, bis der Kapitalismus abgeschafft ist und durch ein ganzheitliches Programm von Vergesellschaftungsmaßnahmen das genossenschaftliche Gemeinwohl („Co-operative Commonwealth“) in Kanada etabliert ist“ (11). Hier lohnt genaueres Hinsehen.

Nord Dakota, Minnesota, Saskatchewan

Zum besseren Verständnis muß man drei Dinge zusammen denken: die skandinavischen Einwanderer in einige der Nord-Staaten der USA und in Kanada um die Jahrhundertwende, die protestantische Sozialethik, und die links-populistischen Bewegungen der 1930er Jahre. Es war der Versuch, über alternative wirtschaftliche Institutionen wie Genossenschaften und andere Formen kollektiver Selbstorganisation hinaus zu gehen. Und politische Bewegungen und Organisationen aufzubauen und partizipative Visionen zu entwickeln.

Nonpartisan League

Der Begriff ‚Cooperative Commonwealth‘ hat eine 140 Jahre alte Geschichte. Der U.S. Filmemacher und Autor John de Graaf urteilt: 1884 schrieb Laurence Gronlund, der von Dänemark nach USA immigriert war, einen Bestseller mit dem Titel ‚Cooperative Commonwealth‘. Seine Popularität brachte Cooperative Commonwealth Clubs in Kalifornien, Arkansas und anderen Staaten hervor. Eine Organisation, die ‚Bruderschaft des Cooperative Commonwealth‘ wurde gegründet. Für kurze Zeit wurde sie vom bekannten Sozialisten und späteren mehrmaligen Präsidentschaftskandidat Eugene Debs geführt (12). In USA setzten sich diese Ideen vor allem in zwei Bundesstaaten durch, Nord Dakota und Minnesota.

In Nord Dakota waren zu Beginn des 20sten Jahrhunderts die Sozialistische Partei und später die Nonpartisan League populär. Letztere organisierte Bauern und Kleinunternehmer, die sich von großen Firmen und Banken außerhalb des Bundesstaates, in Minneapolis und Chicago, ausgebeutet fühlten. Gegründet 1915, setzte sich die von Kooperativen und Radikalen unterstützte League für progressive Reformen ein: eine eigene staatliche Bank, eigene Warenlager und Unternehmen, und Steuer- und Sozialreformen. 1918 dominierte die League alle Zweige der Regierung und stellte den Gouverneur. Bereits 1919 wurden viele Reformen umgesetzt. Dieser Erfolg beruhte auch auf einer neuen Genossenschaftsbewegung, die ‚American Society of Equity‘, die bereits 1913 über 400 Marketing- und Einkaufsstellen im Bundesstaat besaß (13). Einige der damals geschaffenen Institutionen, z.B.

die Bank von Nord Dakota, existieren bis heute. Gegenwind kam früh, weil die League mit einer Ablehnung der U.S. Teilnahme am 1. Weltkrieg identifiziert wurde. Und die 1920er Jahre waren schwere Zeiten für Bauern. Trotz temporärer Erfolge in den 1930ern sank der Stern der League und sie schloß sich in den 1950ern mit den Demokraten zusammen (14). 2016 gewann der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump 63 Prozent der Stimmen in Nord Dakota. Vielleicht hing das auch damit zusammen, dass auf der anderen Seite des politischen Spektrums keine wirkliche Politik für ‚den kleinen Mann‘ mehr gemacht wurde. 2015 überzeugten Großunternehmen das Parlament von Nord Dakota, das antikapitalistische Landwirtschaftsgesetz von 1932 abzuschaffen. 2016 entschieden die Einwohner von Nord Dakota in einem Referendum mit großer Mehrheit, das alte Gesetz wieder einzusetzen.

DFL

Bis heute nennen sich im Bundesstaat Minnesota die Demokraten gar nicht Demokraten. Sondern ‚Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei‘ (Englisch: Democratic Farmer-Labor Party: DFL). Die Gründe dafür liegen in den 1920er und 30er Jahren, der schwierigen wirtschaftlichen Situation für Bauern und Arbeiter, insbesondere während der Großen Depression. In dieser Zeit war die schon 1918 gegründete Bauern- und Arbeiterpartei von Minnesota ungleich stärker als die Demokratische Partei. Der Zusammenschluß beider kam erst 1944. In den 1920er und 30er Jahren stellte die Bauern- und Arbeiterpartei 4 U.S. Senatoren und von 1931 bis 1939 das Amt des Gouverneurs. Legendär bis heute der Ausspruch des Gouverneurs Floyd Olson aus jener Zeit: ‚Ich bin kein Liberaler. Ich bin der, der ich sein will. Ich bin Radikaler‘.



Statue von Floyd B. Olson, North Minneapolis

Genossenschaften in der Landwirtschaft - 1935 bestanden fast 3000 Konsumentengenossenschaften in Minnesota - , gewerkschaftliche Kreisverbände, und Bauern-Arbeiter-Klubs in Minnesota entwickelten basisdemokratische Ideen für sich selbst - und wählten hunderte von Aktivisten in lokale und regionale Ämter, die diese umsetzen sollten. Höhepunkt dieser Bemühungen war die ‚Cooperative Commonwealth‘ Plattform, welche

am 29. März 1934 in St. Paul, Minnesota verabschiedet wurde. Das Wirtschaftssystem sollte aus drei Ebenen bestehen.

1. Die Großindustrie, Banken, das nationale Transportsystem, Elektrizitätswerke und Rohstoffe würden... zusammen verwaltet von Repräsentanten der Beschäftigten, Konsumenten, und den Gemeinden, in denen sie aktiv waren... .

2. Eine bedeutend größere Zahl wichtiger, aber nicht monopolistischer, Unternehmen würde als Genossenschaften umorganisiert. Entscheidungen würden von Beschäftigten und Konsumenten getragen. Dabei mag es sich um große Einzelhandelsgeschäfte, Supermärkte, Verbrauchermärkte, Fabriken, Gesundheitsdienstleister usw. handeln.

3. Die dritte Wirtschaftsebene sind die kleinen Privatunternehmen, ...die viel Raum für unternehmerische Eigeninitiative bieten“ (15).

Der Schwerpunkt liegt auf Teilhabe von unten, nicht bürokratischer Kontrolle von oben. Das ist auch der Kern des genossenschaftlichen Gemeinns. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Jessica Gordon Nembhard urteilt: „unter einem kooperativen, solidarischen Commonwealth verstehe ich ein System miteinander verbundener kooperativer Eigentumsstrukturen in allen Industrien und Sektoren der Wirtschaft. Dabei unterstützen sich Genossenschaften und andere lokale Gemeinwohlprojekte gegenseitig. In dem sie verbundene Wertschöpfungsketten aufbauen, bei Projekten zusammenarbeiten und finanziell gemeinsam auftreten. Diese Verbindungen beginnen lokal, aber entwickeln sich zu regionalen, nationalen und internationalen Netzwerkstrukturen, wo Bedarf besteht (und es sinnvoll ist)“ (16).

Nach der Vereinigung mit der Demokratischen Partei brachte die DFL mit Walter Mondale, Hubert Humphrey, und Paul Wellstone immer mal wieder progressive Politiker hervor. Aber die radikalen Wurzeln der Partei scheinen zunehmend vergessen. Amy Klobuchar, moderate Senatorin aus Minnesota und auch Präsidentschaftskandidatin 2020, sorgte maßgeblich dafür, dass in dem Jahr am Ende Joe Biden und nicht Bernie Sanders Präsidentschaftskandidat der Demokraten wurde.

Left New Green Deal – an Minnesota denken.

Was bleibt ist die Erinnerung an die vielen sozialen, wirtschaftlichen, und Umweltreformen der 1930er in Minnesota. Was noch immer inspiriert ist der Zivilgesellschafts-Ethos jener Jahre. Heute werden wieder Rufe nach einem Zweiten oder Grünen New Deal laut. Referenz ist der New Deal unter Präsident Roosevelt in den 1930er Jahren. Dieser wird oft als von der nationalen Regierung und Experten ausgerufene Mobilisierung beschrieben. Erinnern wir uns statt dessen an Minnesota,

wenn wir Vorstellungen von einem neuen progressiven Grünen New Deal entwickeln. Daran, dass die Bauern-Arbeiter-Partei und ihre radikale Plattform von 1934 Ausdruck von aktiver Zivilgesellschaft und kollektiver Selbstorganisation waren.

CCF

Die nachhaltigste Wirkung erzielten Cooperative Commonwealth Ideen in Kanada. In der Provinz Saskatchewan traf sich 1932 eine Koalition aus progressiven, sozialistischen, und Gewerkschaftsgruppen. Sie berieten Vorgehen und Reformvorschläge angesichts der Weltwirtschaftskrise. So entstand eine politische, sozialistische Partei, die ‚Cooperative Commonwealth Federation‘ CCF. Auf dem nationalen Parteitag in Regina, Saskatchewan, im folgenden Jahr wurde das Grundsatzzprogramm, das Regina Manifest, verabschiedet. 1944 war die CCF Mehrheitspartei in der Provinz.

Eine wichtige Rolle beim Aufbau als nationale Partei spielten „protestantische Geistliche, die in der Sprache des kooperativen Commonwealth eine Vision der Social-Gospel-Bewegung sahen, die in ihren Kirchen eine Rolle spielten. Ein Baptistenpastor, Tommy Douglas, ...wurde Saskatchewan’s Ministerpräsident. Er setzte nach heftigen Kämpfen mit skeptischen Ärzten in seinem Bundesland die erste allgemeine Krankenversicherung durch. Es wurde ein solcher Erfolg, dass diese Reform wenige Jahre später von ganz Kanada übernommen wurde und Douglas heute nach Angaben der kanadischen öffentlichen Rundfunkanstalt als ‚größter Kanadier aller Zeiten‘ gilt“ (17).



Douglas, Tommy, (r.) kurz nach seiner Wahl

Regina Manifesto – Menschen vor Profit

Das 12-seitige Regina Manifest hat an Aktualität nicht verloren: „die gegenwärtige Ordnung ist durch große Ungleichheit von Reichtum und Lebenschancen, durch Vergeudung und Instabilität, gekennzeichnet; und sie drängt in einem Zeitalter des Wohlstands die Menschen in Armut und Unsicherheit ab. Macht ist zunehmend in

den Händen einer kleinen unverantwortlichen Minderheit von Finanziers und Industriellen konzentriert, und unter ihren räuberischen Interessen leidet die Mehrheit“ (18).

Das Manifest betont Sozialisierung, öffentliche Kontrolle, Selbstverwaltung – nicht Nationalisierung: demokratische Kontrolle des Finanzsektors durch Sozialisierung der Banken; öffentlicher Besitz und Arbeiterkontrolle von Industrie, Kommunikation, Energie, Transport, Papier, Bergwerke, oder Lebensmittelverteilung; Freiheit der Beschäftigten eine Gewerkschaft zu gründen, und Unterstützung dabei durch den Staat. Finanzielle Sicherheit für Bauern durch Sozialisierung des Finanzsektors; Umweltschutz durch wissenschaftliche Studien, die in landwirtschaftliche Planung münden.

DIE CCF war treibende Kraft bei der Schaffung des kanadischen Wohlfahrtsstaats und entwickelte eine umfassende Vision eines Landes im Interesse der Beschäftigten und Bürger. Anfang der 1960er ging sie in der Ära des Kalten Krieges in der ‚New Democratic Party‘ (NDP) auf. Als sozialdemokratische bzw. demokratisch-sozialistische Partei besteht sie bis heute. Zeitweilig war sie die größte kanadische Oppositionspartei.

Der Blaikie Report

Ein langjähriger NDP-Repräsentant war der Abgeordnete und Quäker Bill Blaikie aus der Provinz Manitoba.



Blaikie mit Autor 2002 Minneapolis

Er wurde Fraktionsvorsitzender seiner Partei im nationalen Parlament in Ottawa, stellvertretender Parlamentspräsident, und 2007 ‚Parlamentarier des Jahres‘. Nach seinem Abgang aus der Politik veröffentlichte Blaikie ein vielbeachtetes Buch, welches das Verhältnis linker Politik zu Religion in Kanada thematisiert. In „The Blaikie Report: An Insider’s Look at Faith and Politics“ (19), führt er aus, wie Evangelikale vor 100 Jahren Sozialreformen predigten und meist in der politischen Linken zu finden waren. Prinzipien der ‚social-gospel‘, eine protestantische intellektuelle Bewegung, inspirierten irdische Anstrengungen, die Gottes Liebe reflektierte. ‚Was hätte Jesus getan?‘ wurde Slogan und Mahnung, politische Reformen an Moralität zu messen. Die Strömung gab der ‚Cooperative Commonwealth‘ Bewegung, später der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, Auftrieb.

Auch heute lohnt die Frage, ob christliche Nächstenliebe dem demokratischen Sozialismus und der Wirtschaftsdemokratie nicht näher steht als AfD und Ellenbogen-Kapitalismus.

Genossenschaften, Mitarbeiterbeteiligung, Gemeinwohl-Modelle?

Genossenschaft und Mitarbeiterbeteiligung als Element der Wirtschaftsdemokratie, das Gemeinwohl als gesellschaftspolitisches Konzept: Wer ist der saarländische ‚Change Agent‘ dafür? Wer bereitet das in unserem Bundesland vor? Saarländische HTW und Uni haben keine einschlägigen Programmschwerpunkte hervorgebracht, etwa in ihren wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten. Einen saarländischen Genossenschaftsverband oder zumindest eine Saar-Zweigstelle des deutschen Genossenschaftsverbands – Verband der Regionen gibt es nicht mehr.

Allerdings organisierten HTW & Arbeitskammer sowie Uni & DGB Saar in den letzten 10 Jahren Ringvorlesungen und Gesprächsrunden zu Genossenschaften und Wirtschaftsdemokratie. Uni, DGB Saar und saarländische Arbeitskammer brachten mit der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KoWA) gar eine institutionalisierte Bündelung von Kräften für mehr soziale und wirtschaftliche Demokratie hervor. Verankert in den Wirtschaftswissenschaften ist KoWA allerdings nicht.

Eine gewisse Dynamik in Richtung kollektiver Selbstorganisation haben in jüngster Zeit Studierende und Lehrende der Hochschule der Bildenden Künste Saar (HBKsaar) und seinem Umfeld erzeugt. So läßt sich die junge Genossenschaft s:coop eG als Initiative der saarländischen Kreativwirtschaft verstehen: „sie sieht ihre Aufgabe in der Begleitung von Gründungsaktivitäten aus dem Umfeld der HBKsaar“ (20). Zu dieser lokalen Infrastruktur gehören auch das hochschuleigene K8 Institut für strategische Ästhetik. Die Vernetzungs- und Beratungsstelle Dock 11, Instrument der saarländischen Wirtschaftsförderung für die Kreativwirtschaft. Sowie co:hub66, eine interdisziplinäre und kooperative Anlaufstelle - und ‚Incubator‘ - für neue Ideen und Produkte in Saarbrücken. Es gibt Verbindungen zu bundesdeutschen Initiativen wie Platform Cooperatives Germany oder der Gemeinwohl-orientierten Bewegung Zebras Unite.

Arbeitskammer des Saarlandes

Im Saarland ist die Arbeitskammer wichtiger und natürlicher Verbündeter progressiver Ansätze. Das gilt für Gewerkschaften und Genossenschaften – die zwei Säulen der alten Arbeiterbewegung. Könnte die Kammer zusammenführen, Kräfte bündeln, sich als maßgeblicher Change Agent positionieren?

Im Parlament der Kammer, der AK-Vertreterversammlung,

sitzen Gewerkschafter. Sie bestimmen die Richtlinien zur Durchführung der gesetzlichen Aufgaben der Kammer. Was dort fehlt ist eine ständige Stimme für die Genossenschaftsbewegung. Die deren progressive Perspektiven herausarbeitet und damit die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften im Fokus hat. Und so auch die gewerkschaftliche Debatte belebt. Wie sieht das anderswo aus?

In West-Europa gibt es vier Arbeitskammern. Neben Saarbrücken noch Bremen, Luxemburg, und Wien. In Bremen setzt sich die Vollversammlung aus Bremer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammen. Ähnlich dem Saarland kommen Wahlvorschläge von Bremer Gewerkschaften und in Bremen ansässigen selbstständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern (21). Genossenschaften treten in Kammer-Webauftritt und -Organisation im Saarland und Bremen kaum in Erscheinung. Die luxemburgische Arbeitnehmerkammer vertritt alle Arbeitnehmer oder Rentner, Staatsbeamte ausgenommen, die im Lande tätig waren oder sind. Die Kammer ist, zusammen mit anderen Kammern, direkt in den Gesetzgebungsprozess eingebunden (22). Gewählte Mitglieder zur Plenarversammlung rekrutieren sich aus neun Berufsgruppen. Dies bedeutet, Genossenschaften könnten eine größere Rolle spielen, aber nicht zwingend.

In Österreich besteht in jedem der „neun Bundesländer eine eigene Arbeiterkammer, die zusammen die Bundesarbeitskammer (BAK) mit Sitz in Wien bilden. Die AK Wien führt die Geschäfte der Bundesarbeitskammer“ (23). Zur Wahl für die Vollversammlungen der Bundesländer stehen sog. Fraktionen, welche oft österreichischen Parteien verbunden sind. Auffallend ist das detaillierte Beratungsangebot der Kammern gerade zum Thema Wohn-Genossenschaften. Es ist naheliegend, dass bestimmte Fraktionen ideologisch mit Genossenschaftsideen sympathisieren und entsprechend agieren. Österreich ist das eine Beispiel, wo Arbeitskammern Genossenschaften sichtbar als Teil der eigenen Geschichte sehen. Und, das gehört dazu, sich Genossenschaften seit den Wohn- und Konsumgenossenschaften des ‚Roten Wien‘ der 1920er Jahre als Bestandteil der Arbeiterbewegung verstehen.

Markt der Genossenschaften

Zusammen mit Verbündeten könnte die Arbeitskammer ein Markt der Genossenschaften organisieren. Verschiedene genossenschaftliche Projekte und Initiativen aus dem Saarland und der Großregion Saar-Lor-Lux stellen sich vor – etwa im Saarbrücker VHS Zentrum am Saarbrücker Schloss. Das schafft Möglichkeiten der Kooperation und Vernetzung. Auch für Vorträge und Informationen von und für genossenschaftliche Neugründer. Sowa gab es mal. 1985 errichteten Zukunftswerkstatt Saar und Netzwerk Saar vor der Alten Feuerwache in Saarbrücken ein großes Bierzelt. Etliche selbstverwalte-

te Betriebe aus der Region stellten sich vor. Der Oberbürgermeister kam vorbei. Es entstand ein Kurzfilm. 2019 wurde er anlässlich der Film- und Vortragsreihe ‚Die Firma sind wir‘ im Weltkulturerbe Völklinger Hütte gezeigt. Ein Mutmacher für heute.

Ausblick

Heute sind weiterführende Überlegungen, wie eine saarländische Modellregion für genossenschaftlichen Gemeinsinn, noch nicht sichtbar. Sie haben ihre Form noch nicht gefunden. Es gibt nur vorsichtige Vorschläge: 2015 hatte die Linksfraktion im saarländischen Landtag angeregt, im Land eine Modellregion im Sinne der Gemeinwohl-Ökonomie zu entwickeln (24). Die Umsetzung braucht mehr Vernetzung und kreative Initiativen der Kollaboration: mit dem Ziel, progressiven saarländischen Genossenschaften ein Sprachrohr zu geben – sowie der Arbeitsplatz-Demokratie von Genossenschaften und der Solidarität der Gewerkschaften gemeinsame Modelle anzubieten.

Kampf für Genossenschaften und unterstützende Netzwerke; das ist Teil des Prozesses zur Schaffung von etwas Größerem: einer am genossenschaftlichen Gemeinwohl geprägten Gesellschaft.

Autor: Dr. Stephan Peter, Bildungsreferent. Projekt Werkstatt Wirtschaftsdemokratie, Peter Imandt Gesellschaft / Rosa Luxemburg Stiftung, 2022.

Literatur

- (1) Paul Hirst. Genossenschafts-Sozialismus. GMH 9/91, S. 565, in: <https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1991/1991-09-a-564.pdf>
- (2) <https://twitter.com/GregorGysi/status...> (Tweet). Aufgerufen am 11.01.2022.
- (3) Louis Menand. Francis Fukuyama postpones the end of history, in: <https://www.newyorker.com/magazine/...>, 27. August 2018. Aufgerufen am 11.01.2022.
- (4) Siehe etwa Daniel Bell. The End of Ideology, 1960. Oder Karl Raimund Popper. Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (Zwei Bände), 1945. Zitat: ‚Der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten führt zu Intoleranz, zu religiösen Kriegen, und zur Rettung der Seelen durch die Inquisition‘.
- (5) Franziskus spendet Genossenschaften päpstlichen Segen. <https://www.genonachrichten.de/2020/10/05/franziskus...>. Aufgerufen am 11.01.2022. Und: Papst an Kurie: Die Ansprache im Wortlaut. <https://vaticannews.va/de/papst/news/2021-12/papst...>. Aufgerufen am 11.01.2022.
- (6) Siehe die DSA Webseite: www.dsasaa.org
- (7) Louis Menand. Francis Fukuyama....
- (8) Wirtschaftliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung als politische Bewegung, in: Klaus Novy, Bodo Hombach, Frank Karthaus, Ulrich Bimberg, Arno Mersmann, Albert Schepers (Hrsg.). Anders Leben. Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985, S. 23
- (9) Dario Azzellini, Adriana Yee Meyberg. Jetzt übernehmen wir! (Video). <http://rosalux.de/mediathek/media/element/1273,2020>.
- (10) Dr. Marleen Thürling. Studie zu gemeinwesenorientierten

Genossenschaften, in: Oft ein Fall von Selbsthilfe, nd Die Woche, Nr. 306, 31.12.2021, S. 14. Dr. Thürling promovierte am Institut für Genossenschaftswesen der Humboldt Universität Berlin.

- (11) THE CCF’s Regina Manifesto. Schlußsatz. Angenommen in Regina, Saskatchewan, July, 1933. <http://canadiandimension.com/articles/view/the-regina-manifesto...>. 7. Mai 2018.
- (12) John de Graaf. From ‚The New Economy‘ to the Cooperative Commonwealth, in: www.truth-out.org, 08.08.2014. Aufgerufen am 04.02.2022.
- (13) Summary of North Dakota History - Nonpartisan League. <https://historynd.gov/ndhistory/statehood.html>. Aufgerufen am 03.02.2022.
- (14) Justin Hutchinson. Socialism and public banking: the story of the Bank of North Dakota and the Nonpartisan League, in: <https://seattledsa.org/2017/socialism-public-banking...>. Aufgerufen am 31.01.2022. Auch: Nonpartisan League. https://en.wikipedia.org/wiki/Nonpartisan_League.... Aufgerufen am 02.12.2021.
- (15) John de Graaf. From ‚The New Economy‘... (Übersetzt von S.P.). Siehe auch: Thomas Gerald O’Connell. Toward the cooperative commonwealth (Ph.D thesis), in: Farmer-Labor Movement History. <http://just.comm.org/fla-hist.htm>. Aufgerufen am 08.12.2021. Und: Trygve Throntveit. Minnesota showed in the ‚30s that radical change can be cross-partisan and systemic reform can be citizen-led. <https://www.minnpost.com/community-voices/2019/...>. 29.03.2019. Aufgerufen am 08.12.2021.
- (16) Jessica Gordon Nembhard. Building a Cooperative Solidarity Commonwealth, in: www.thenextsystem.org, 28.04.2016. (Übersetzung von S.P.).
- (17) John de Graaf. From ‚The New Economy‘... (Übersetzt von S.P.).
- (18) Mitchell Thompson. The Regina Manifesto at 85: More relevant than ever? <https://canadiandimension.com/articles/view/the-regina-manifesto...>. 09.04.2018. Aufgerufen am 31.01.2022. (Übersetzt von S.P.). Und: Full text: the CCF’s Regina Manifesto. <https://canadiandimension.com/articles/view/the-regina-manifesto...>, 07.05.2018. Aufgerufen am 02.12.2021. Auch: Roberta Lexier. The Regina Manifesto and the Origins of Canada’s Parliamentary Socialists, in: <https://www.jacobinmag.com/2020/regina-manifesto-canada-...>, 06.10.2020. Aufgerufen am 02.12.2021.
- (19) Jonathan Malloy. Besprechung des Blaikie Reports, in: Church & Faith Trends, The Evangelical Fellowship of Canada, Juni 2012, Volume 5, Issue 1.
- (20) S:Coop. <http://www.hbksaar.de/projekte/details/scoop...>. Aufgerufen am 20.01.2021.
- (21) Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen. <http://transparenz.bremen.de/metainformationen/gesetz...>. Aufgerufen am 15.12.2021. Auch: Arbeitskammer des Saarlandes. <http://www.arbeitskammer.de/ueber-uns/allgemeine-infos-zur-vertreterversammlung/...>. Aufgerufen am 15.12.2021.
- (22) Berufskammern. <https://gouvernement.lu/de/systeme-politique/chambre-professionnelles.html>. Aufgerufen am 27.01.2022.
- (23) Kammer für Arbeiter und Angestellte (Wikipedia). <https://de.wikipedia.org/wiki/Kammer...>. Aufgerufen am 11.01.2022.
- (24) Gemeinnutz vor Eigennutz – Saarland als Modellregion für Gemeinwohl-Ökonomie. Antrag der Linksfraktion im saarländischen Landtag. 5.2.2015.

Themenübersicht der Newsletter „Wirtschaftsdemokratie“

1/2013: Zum Kooperationsvertrag zwischen den U.S. Stahlarbeitern und Mondragon

erschienen November 2013

<http://www.saar.rosalux.de/publication/40015/newsletter-wirtschaftsdemokratie-1.html>

2/2014: Der schwedische Meidner-Plan von 1976 und linke Wirtschaftspolitik heute

vom Februar 2014

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD2_2014.pdf

3/2014: Prostitution und Genossenschaften

vom April 2014

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD3_2014.pdf

4/2014: Gärtnern und die Welt verändern. eine andere Welt ist pflanzbar

vom Juni 2014

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD4_2014.pdf

5/2014: Von der Mitbestimmung zur Wirtschaftsdemokratie

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften neu denken: Impulse aus USA

Reader zum Besuch von John Clay im Saarland, 2. - 6. Juni 2014

vom Juli 2014

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD5_2014.pdf

6/2015: Autogestion: Selbstverwaltung in Frankreich

vom Februar 2015

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/Newsletter_WD6_2015.pdf

7/2015: Israel, Kibbutz & Moshav und das linke Projekt

vom September 2015

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/Newsletter_WD7_2015.pdf

8/2016: Wie Genossenschaften bei der Flüchtlingsfrage anpacken

vom März 2016

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/Newsletter_WD8_2016.pdf

9/2016: Eine politische Revolution in USA? Zur Präsidentschaftskampagne des Sozialisten Bernie Sanders,

vom Juni 2016

<http://saar.rosalux.de/publikation/id/8912/newsletter-wirtschaftsdemokratie/>

10/2018: Wie Kirche und Gewerkschaft in Ottweiler glücklich werden. Die Rechtsform der Genossenschaft als Instrument der Versöhnung?

vom April 2018

<http://saar.rosalux.de/publikation/id/8912/newsletter-wirtschaftsdemokratie/>

11/2019: Newsletter: Plattform-Kooperativen: Alternativen zur Todesstern- Plattformen?

vom April 2019

https://saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/Newsletter_WD11_2019_09.04.19.pdf

weitere Publikationen:

Der Selbstbestimmung, nicht der Mitbestimmung gehört die Zukunft.

Denkanstöße für das Saarland

vom Dezember 2016

<http://saar.rosalux.de/publikation/id/9183/der-selbstbestimmung-nicht-der-mitbestimmung-gehört-die-zukunft/>

Die Firma sind wir - Über Sinn und Nutzen der Wirtschaftsdemokratie in der heutigen Zeit

vom Dezember 2018

<http://arbeitskammer.de/publikationen/sonderpublikationen/ak-beitraege-ausgabe-012018.html>

Die Firma sind wir! Genossenschaften im Saarland. Eine Regionalstudie zur Wirtschaftsdemokratie,

vom Juli 2021

<https://saar.rosalux.de/news/id/45146>

Herausgeber:

Peter Imandt Gesellschaft / Rosa Luxemburg Stiftung (Gesine Kleen) in Kooperation mit dem Projekt Werkstatt Wirtschaftsdemokratie (Dr. Stephan Peter)

PETER-IMANDT-GESELLSCHAFT / ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG-SAARLAND
FUTTERSTR. 17-19 / 66111 SAARBRÜCKEN / TEL. 0681-5953892 / WWW.PETER-IMANDT.DE